Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Anzeigenpreise: Die 26 mm breite Zeile kostet 0.30 Goldmark, für auswärts 0.35 Goldmark, für das Ausland 0.50 Goldmark. Die Reklamezeile, 81 mm breit, kostet 1.50 Goldmark, für auswärts 2.00 Goldmark. — Die Briefgebühr für Buchstabenanzeigen beträgt 0.10 Goldmark. — Für Einschaltung an bestimmten Tagen und Plätzen kann eine Gewähr nicht übernommen werden.

halben Monat 1 G.-Mark
Zustellung durch Boten
2.00 Goldmark, für die Tschecho-Slowakei
Kreuzbandsendungen: im Inlande wöchentlich
Einzelnummer 10 G.-Pfennig

Redaktion, Verlag und Hauptgeschäftsstelle Dresden-A., Ferdinandstr. 4. • Fernruf: 20024, 27981, 27982, 27983. ... Dresden. • Postscheck: Dresden 2060
Nichtverlangte Einsendungen (ohne Rückporto) werden weder zurückgesandt noch aufbewahrt. — Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung oder Streiks haben unsre Bezieher ... Nachlieferung oder Erstattung des entsprechenden Entgelts

Nr. 79 — Freitag, 3. April 1925 — XXXIII. Jahrg.

Für jeden Leser
ist die Teilnahme an dem Anzeigen-Wettbewerb offen
(Vom 29. März bis 5. April)
M 3000.– Preise

England baut seine Luftflotte aus

Neubau von 600 Flugzeugen in nächster Zeit geplant — Französische Rückfragen in London — Bedeutsame Ministererklärungen in England

Im Kampf gegen die Partei

Will sich das deutsche Volk wieder Parteikandidaten aufzwingen lassen?

Auf dem unfruchtbaren Boden des deutschen Parteilebens kann nicht der Mann erwachsen, der als oberster Repräsentant des deutschen Staates das deutsche Volk herausführen soll aus den trostlosen Gefilden des parlamentarischen Systems in seiner heutigen Form. Diese Erkenntnis ist — Gott sei Dank! — durch die Erfahrungen der letzten Jahre Gemeingut immer wachsender Kreise geworden und beginnt sich jetzt als Faktor auch im praktischen politischen Leben allmählich bemerkbar zu machen.

In diesen Tagen sollen die Kandidaten für den unglückseligerweise notwendig gewordenen zweiten Wahlgang aufgestellt werden. Ein erbitterter Kampf ist hinter den Kulissen im Gange gegen die Hüter des Parteidogmas und gegen die stark verschanzte Festung des deutschen Parteisystems. Diese große Fronburg des politischen Deutschlands ist emsig an der Arbeit, dem deutschen Volke abermals Kandidaten aufzuzwingen, die ihre Aufstellung lediglich parteitaktischen Berechnungen verdanken. Rechts und links arbeitet die parlamentarische Maschine mit Hochdruck, um die Kandidaten zu zeugen, die dann dem deutschen Volke mit großem Aufwand von Rhetorik und Propaganda als die „einzig möglichen" Repräsentanten des deutschen Staates empfohlen werden sollen, für die jeder deutsche Mann und jede deutsche Frau, die es ehrlich und gut mit dem Vaterlande meinen, ihre Stimme am Wahltag abgeben müßten, die nicht zu wählen Vaterlandsverrat sei ... Und so fort im Text! Die übrigen Strophen dieses Liedes kennen wir ja zur Genüge.

Gleichzeitig verkoppelt man die Intrigen der Präsidentenwahl mit den Kulissenschiebereien der preußischen Ministerkrise, verdunkelt künstlich die an sich schon undurchsichtige Luft der politischen Arena, um in schützender Finsternis nicht nur alles das zu erreichen, was den Parteien frommt, sondern dem deutschen Volke auch noch einzureden, die von ein paar Berliner Cliquen im Ausscheidungskampfe der persönlichen Antipathien und Rivalitäten erzielten Kandidaten seien die Männer seiner Wahl. Das Ganze nennt man dann stolz „Volkswahl" des Präsidenten.

Die Gegner des Parteisystems, die leider noch nicht über die glänzend ausgebaute und gut eingearbeitete Organisation der Parteien verfügen, die aber in allen Lagern des politischen Lebens zu finden sind, haben ihre Position in den letzten Tagen gut behauptet: Ihre Parole: „Einigt euch auf eine jenseits aller Parteien stehende nationale Sammelkandidatur" ist trotz allem Gelärme der Gegner noch nicht verklungen. Die Parteien, die bisher das alleinige Monopol der politischen Entscheidungen hatten, erkannten rasch die Gefährlichkeit des Gegners. Mit überraschender Eile stellte so das Zentrum Dr. Marx wieder als Kandidaten auf und mit gleich verdächtiger Schnelligkeit einigte sich gestern der Vorstand der Deutschen Volkspartei auf Dr. Jarres. So ist die unglückselige Zersplitterung, die schon den ersten Wahlgang scheitern ließ, auch für den zweiten nicht unwahrscheinlich geworden und damit ist die Gefahr nähergerückt, daß aus dem zweiten Wahlgang einer der Kandidaten als zufälliger Sieger hervorgeht und dann das deutsche Volk, statt es ins Freie zu führen, nur tiefer in die jetzige Sackgasse hineinkreist und unser politisches Leben auf die Dauer unerträglich belastet.

Man versucht zwar, die Kandidatur Marx zur Sammelkandidatur zu machen, und die sozialdemokratischen obersten Parteiinstanzen sollen angeblich nicht abgeneigt sein, eine solche Kandidatur zu unterstützen. Man rechnet in diesem Falle mit einem leichten Sieg der Linken. Dieser Sieg erscheint uns aber noch sehr zweifelhaft. Die verschiedenen Hochburgen der Sozialdemokratie, so zum Beispiel Sachsen, erheben in ihrer Presse gegen eine Kandidatur Marx bereits Einspruch. Es ist also kaum anzunehmen, daß die gleiche Stimmenzahl, die Sachsen am letzten Sonntag für Braun aufbrachte, am 26. April auch für Marx abgegeben werden wird. Ob in diesem Falle auch der rechte Flügel des Zentrums geschlossen für Marx stimmen würde, erscheint uns ebenfalls nicht ganz sicher.

Unter allen Umständen dürfte der Sieg, ob er nun Dr. Jarres oder Dr. Marx zufällt, sehr knapp sein. Einen Sieger gäbe es allerdings auf jeden Fall, wie der Kampf auch ausgehen mag. Werden Dr. Jarres und Dr. Marx als Kandidaten aufgestellt, so wäre das ein erneuter Erfolg des von allen Seiten als immer unerträglicher empfundenen Parteisystems. Wir würden die Aufstellung der Doppelkandidaturen Marx-Jarres von diesem Standpunkt aus für keinen glücklichen Entschluß halten. Daran kann auch die Tatsache nichts ändern, daß Dr. Marx immerhin noch ein Mann von anderm Format ist als Dr. Jarres. Wir müssen aus dem verhängnisvollen Kreis der Parteipolitik herauskommen. Das werden wir aber nie und nimmer, wenn sich als Kandidaten im Wahlkampf Dr. Marx und Dr. Jarres gegenüberstehen. Das ist nur möglich, wenn es gelingt, die überwiegende Mehrheit des gesamten deutschen Volkes ohne Rücksicht auf das Parteilager um einen jenseits der Parteien stehenden Mann zu vereinigen. Der heutige Tag dürfte wichtige Entscheidungen bringen. Hoffen wir um des deutschen Volkes willen, daß diese Entscheidung dem Parteisystem endlich einmal einen vernichtenden Schlag versetzt.

Th. Seh.

Schutz der Festung London

Telegramm unsres Korrespondenten

w. London, 2. April

Die Blätter bringen heute an hervorragender Stelle Einzelheiten über die geplanten englischen Luftrüstungen, die England die Vormachtstellung auch in der Luft verschaffen sollen. Diese Berichte bilden einen seltsamen Kommentar zu den Verhandlungen über eine friedliche englisch-französische Entente und zu den amerikanischen Abrüstungsvorschlägen. Der Plan hat vor allem den Schutz der Festung London vor Luftangriffen vom Kontinent aus zum Ziel. Es soll, wie von offenbar inspirierter Seite erklärt wird, sofort mit dem Ausbau und der Ausrüstung von wenigstens dreißig, wahrscheinlich aber noch mehr Luftschiffplätzen begonnen werden. Diese sollen mehrere große Ringe von „Luftforts" rings um London bilden. Besonders stark ausgebaut werden soll vor allem der innerste und der äußerste Ring. Sodann sollen außerhalb dieses Gürtels an verschiedenen Stellen Luftschiffhallen als Stützpunkte für Bombengeschwader angelegt werden. Dem Plan gemäß werden auch die kurz nach dem Waffenstillstand geschlossenen Luftschiffhallen wieder angekauft und neu ausgebaut. Eine große englische Firma schloß bereits einen Kontrakt mit der englischen Regierung zur Anfertigung von zehn Stahlschuppen für Bombenflugzeuge. Das Flugministerium erklärt, daß Ende März nächsten Jahres 26 Geschwader für heimische Verteidigungszwecke fertiggestellt sein werden. Das gesamte Programm umfaßt 52 Geschwader, d. h. rund 600 Flugzeuge.

Frankreichs Politik im Nahen Osten

Telegramm unsres Korrespondenten

ch. Paris, 2. April. Die französisch-türkischen Verhandlungen befinden sich laut einigen vom Quai d'Orsay an die Journalisten gemachten Mitteilungen auf gutem Wege. Es wird vor allem darauf hingewiesen, daß die englischen Meldungen haltlos sind. Die französische Regierung brachte bereits vor der Abreise des Deputierten Franklin Bouillon nach Angora den Kabinetten von London und Rom zur Kenntnis, daß Franklin Bouillon in keiner Weise beauftragt sei, mit der türkischen Regierung offizielle Verhandlungen anzuknüpfen. Auf dem Programm der nicht offiziellen Verhandlungen steht die Schulfrage und die Einführung der türkischen Sprache als Hauptsprache in den Unterricht im französischen Mandatsgebiet. Ferner wird über die türkische Schuld an Frankreich noch verhandelt. Soweit lauten die hier an amtlichen Stellen gemachten Mitteilungen. Es steht aber fest, daß sich gegenwärtig zwischen Angora und Paris eine wichtige Annäherung vollzieht, deren Charakter im gegenwärtigen Augenblick für England keineswegs vorteilhaft ist.

„Ohne Deutschland keine Lösung der Sicherheitsfrage"

Wichtige Erklärungen Chamberlains und Greys

× London, 2. April

Nach einer spät abends veröffentlichten Meldung sagte der Staatssekretär des Aeußern

Austen Chamberlain

in einer Rede am Dienstag bei einer privaten Veranstaltung u. a.: Er sei ein aufrichtiger Anhänger des Völkerbundes und habe großes Vertrauen zu seiner Zukunft. Man solle den außerhalb des Völkerbundes befindlichen Mächten Vertrauen zu seiner Arbeit und Zweckmäßigkeit einflößen, damit sie veranlaßt würden, Mitglieder des Völkerbundes zu werden.

Lord Grey

führte aus, der Geist der letzten Rede Lord Chamberlains im Unterhause sei gut gewesen. Es gebe zwei große Fehler, die begangen werden könnten. Der eine wäre eine Politik der Isolierung. Es drohe zwar kein Krieg unmittelbar, wohl aber müsse ein Wendepunkt kommen, an dem es sich entscheiden werde, ob es in Zukunft Krieg oder Frieden geben werde. Dabei sei folgendes zu bedenken: Nach dem Kriege von 1870 habe der Sieger einen Dreibund geschlossen gegen den Besiegten. In dieser Tatsache habe

der Keim des Kriegs von 1914

gelegen. (?) Wenn die Sieger von 1914 nun das gleiche System des Dreibundes verfolgten, so würden die Folgen im Laufe der Zeit die gleichen sein. Seines Erachtens habe Chamberlain das Richtige getroffen, als er bei seiner Rückkehr aus Genf dem Unterhause sagte, daß die Zunahme der Rüstungen und das Vorhandensein bewaffneter Lager in Europa bestimmt zu einem neuen europäischen Kriege führen würde. Dies sei der wesentliche Faktor in der Lage. Aber wenn die Rüstungen nicht fortgesetzt werden sollten, so werde doch eine einfache Konferenz zur Einschränkung der Rüstungen kein Ergebnis haben, bevor nicht die Frage der Sicherheit erledigt sei.

Unter diesen Umständen müsse man zunächst entscheiden, welches der erste Schritt sein soll: ein Protokoll oder ein Pakt. Dieser Schritt müsse durch den Völkerbund unternommen werden. Der zweite Schritt würde sein, daß Großbritannien, Frankreich und Deutschland sich hieran beteiligen. Chamberlain habe die Ueberzeugung ausgesprochen, daß es Deutschland mit seinen Vorschlägen ehrlich meine. Heute sei Deutschland hilflos. Aber man dürfe die Gelegenheit nicht vorübergehen lassen.

Denn Deutschland könnte vermöge seiner Organisationsfähigkeit die potentiell stärkste Nation auf dem Kontinent werden

Man könne nicht vorwärts kommen, wenn man Deutschland nicht in Rechnung stelle. Man müsse Deutschland und Frankreich unter den Bedingungen der Gleichheit zur Mitarbeit veranlassen. Dann werde man etwas haben, was zu etwas Vollkommenem führen würde.

Englischer Vorstoß gegen die Militärkontrolle

Bemerkenswerte Ausführungen Newtons

× London, 1. April. Im Oberhaus fragte

Lord Parmoor

die Regierung, ob die Verzüge in Erfüllung der Versailler Abrüstungsbestimmungen, die der deutschen Regierung vorgeworfen werden, Fragen einschließen, für die eine Zeitgrenze im Artikel 213 des Versailler Friedensvertrages vorgeschrieben sei. Parmoor wies darauf hin, daß der Artikel 213 ein Verfahren in Aussicht nehme, nach dem die Militärkontrolle von der Interalliierten Kommission auf den Völkerbundsrat übergehen solle, der seinerseits einen Plan angenommen habe, welcher auf Deutschland ebenso wie auf Oesterreich, Ungarn und Bulgarien anwendbar sei. Die neue Maschinerie sei bereit. Wann werde die Aufgabe der Ueberwachung von der Interalliierten Kontrollkommission auf die unparteiische Instanz des Völkerbundes übergehen?

Lord Newton

erklärte, als er im Jahre 1921 in Berlin war, sei ihm mitgeteilt worden, daß die Arbeit der Interalliierten Kommission so gut wie vollendet sei. Wenn dies der Fall gewesen wäre, was sei denn in den letzten vier Jahren geschehen? Anscheinend hätten die Deutschen durch ihr eigenes Verhalten die Beibehaltung dieser Kontrolle ganz unnötig verlängert. Wenn sie vernünftig gewesen wären, den Forderungen der Kommission nachzukommen, so hätte sich diese schon vor zwei Jahren auflösen können. Der deutsche Widerstand habe der französischen und einem Teile der englischen Presse, der noch französischer sei als die französische Presse selbst, die Gelegenheit geboten, zu behaupten, daß Millionen von bewaffneten „Hunnen" unter der Erde und in der Luft verborgen seien, bereit, jeden Augenblick über die Welt zu stürzen und alles in Asche zu legen. Es sei von den deutschen Behörden töricht gewesen, die Bestimmungen des Vertrages zu umgehen, „aber", so fuhr Lord Newton fort, „würden wir schließlich nicht dasselbe getan haben? Würden wir nicht in jeder Weise Obstruktion üben und die Hoffnung nähren, eines Tages unsre frühere Stellung wiederzuerlangen?" Im weiteren Verlauf seiner Rede im Oberhause erklärte Lord Newton, es falle nicht sehr ins Gewicht, ob die Deutschen friedlich oder kriegerisch seien.

Die höchsten militärischen Autoritäten erklärten, daß die Deutschen nicht in der Lage seien, irgendeine Feindseligkeit auszuführen

Dies allein müßte genügen, und die Kontrollkommissionen müßten so bald

Französische Hetze gegen Sthamer

Nochmals der angebliche „Zwischenfall" im Unterhaus

Telegramm unsres Korrespondenten

ch. Paris, 2. April. Die Hetze gegen den deutschen Botschafter Dr. Sthamer in London — vergl. den gestrigen Bericht der „Dr. N. N." darüber. D. Red. — wird hier mit den erbärmlichsten Mitteln fortgesetzt. Man fragt sich, woher die Blätter das Material beziehen und weshalb sie täglich mit der Erklärung prunken, daß ihnen von angeblich „maßgebender" Seite noch weitere Enthüllungen über einen sogenannten „englisch-deutschen Zwischenfall", der durch Dr. Sthamer hervorgerufen wurde, zur Verfügung gestellt werden sollten. Im „Echo de Paris" wird der gestern bereits durch eine Agentur gemeldete sogenannte Zwischenfall noch vergröbert. Das Blatt erzählt, daß Dr. Sthamer nach der Rede Chamberlains sich an die anwesenden Mitglieder der deutschen Botschaft gewandt habe und ihnen sagte: „Das ist ja schrecklich!" Darauf begab sich Dr. Sthamer zu Chamberlain und machte ihm die Vorwürfe, wie sie bereits gestern gemeldet worden sind.

Im Berliner Auswärtigen Amt, wo wir uns gestern erkundigten, wurde erklärt, man wisse nichts von einem deutsch-englischen Zwischenfall. So erhebt sich die Frage: Woher beziehen die französischen Blätter, die nun schon den zweiten Tag sich mit diesen Dingen beschäftigen, ihr Material, und welchen Zweck verfolgen sie mit der wütenden Kampagne gegen den deutschen Botschafter in London? — Die Red.

Vollsitzung der Reparationskonferenz

Telegramm unsres Korrespondenten

ch. Paris, 2. April

Unter dem Vorsitz von Barthou trat heute die Reparationskommission zu einer Vollsitzung zusammen. Sie hat die aktuellen Fragen, die auf ihrer Tagesordnung stehen, einer Prüfung unterzogen und als Datum der nächsten Vollsitzung den 23. April festgesetzt. Wie man sich erinnern wird, ist der Geschäftskreis der Reparationskommission seit dem Inkrafttreten des Dawes-Planes erheblich eingeschränkt worden. Ihre Organisation hat infolgedessen erhebliche Veränderungen erfahren. So ist es nicht mehr notwendig, daß die Hauptdelegierten der Kommission ihren Wohnsitz in Paris haben. Sie werden sich nur ungefähr alle vier Wochen einmal zu einer kurzen Sitzung versammeln. Dagegen bilden die Hilfsdelegierten eine ständige Kommission, die die laufenden Geschäfte erledigt und in den Vollsitzungen über diejenigen Fragen, deren Regelung durch die Bestimmungen des Versailler Vertrags der Gesamtkommission vorbehalten bleibt, Bericht erstattet.

Wieder Kolonien für Deutschland?

B. Berlin, 2. April. (Eig. Drahtbericht.) Der „Vorwärts" läßt sich aus London melden, dort ginge in eingeweihten Kreisen das Gerücht, daß die deutsche Regierung in London wegen der Wiedererwerbung von Kolonialbesitz sondiere. Die deutschen Wünsche sollen angeblich auf den portugiesischen Besitz von Angola und Mozambique gehen. Ueber diese Gebiete haben bekanntlich bereits im Jahre 1898 zwischen England und Deutschland Verhandlungen stattgefunden. Deutschland wünsche zu erfahren, ob die englische Regierung bereit sei, auf der Basis der Verhandlungen von 1898 erneut zu diskutieren.

SLUB
Wir führen Wissen.
http://digital.slub-dresden.de/id490223001-19250403/1